

Soziale Ungleichheit

Zwei Jahre anhaltenden Wirtschaftswachstums haben in Singapur zu einer Verschärfung der sozialen Unterschiede geführt, wie jüngste Statistiken der Zentralbank ergeben haben. Während auf der einen Seite die Zahl der Spitzenverdiener in den letzten beiden Jahren kontinuierlich gestiegen ist, bleiben gleichzeitig immer mehr Menschen vom wachsenden Wohlstand des Stadtstaats ausgeschlossen. Seit 2002 ist der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1000 Singapur-Dollar (umgerechnet 500 Euro) von etwa 16 Prozent auf nunmehr 18 Prozent angestiegen. Während Singapur aufgrund seines Bruttoinlandsproduktes pro Kopf zu den reichsten Ländern weltweit zu zählen ist, weist der Stadtstaat zugleich soziale Disparitäten auf, wie sie sonst eher in sogenannten Dritt-Welt-Staaten anzutreffen sind. Seit 1998 ist der Gini-Koeffizient, ein Maß für den Grad sozialer Ungleichheit, von 42,5 auf 47,2 angestiegen: Die ungleiche Verteilung des Wohlstands ist damit vergleichbar mit jener in Ländern wie den Philippinen (46,1) oder auch China (44,7), während Länder wie Japan (24,9) oder Südkorea (31,6) eher Gini-Koeffizienten aufweisen, die mit denen westeuropäischer Gesellschaften vergleichbar sind. Die Regierung hat die Verringerung der Einkommensdisparitäten zwar mittlerweile zu einer zentralen Aufgabe ihrer Politik gemacht – nicht zuletzt, da steigende soziale Ungleichheit ihre politische Legitimität in Frage stellen könnte –, doch von sozialpolitischen Maßnahmen der Umverteilung des Wohlstands wollen die Herrschenden im Stadtstaat auch weiterhin nichts wissen.

vgl. Reuters, Singapur, 9.11.2007

30 Prozent Ausländer

Etwa 30 Prozent der heute etwa 4,5 Millionen Einwohner Singapurs sind Ausländer. Dies gab Singapurs Innenministerium auf Anfrage der Opposition im Parlament bekannt. 1990 betrug der Anteil nur etwa 14 Prozent – ein Anstieg, der vor allem auf die gezielte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte durch die Regierung zurückzuführen ist. Es ist das erste Mal, dass die Regierung detaillierte Angaben zum Anteil von Ausländern an der Bevölkerung des Stadtstaats macht. Demnach leben etwas mehr als

zehn Prozent der Ausländer mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung (*permanent residents*) im Stadtstaat, während weitere 20 Prozent über eine befristete Arbeitserlaubnis (*work passes*) oder ein Studienvisum verfügen. Planungen der Regierungen gehen von einem weiteren Wachstum der Bevölkerung auf etwa 6,5 Millionen aus – und das bei einer der weltweit niedrigsten Geburtenraten.

vgl. Reuters, 22.10.2007

Abkehr von Burma?

Während die Regierung offiziell Sanktionen gegen die Militärjunta noch immer ablehnt, gibt es erste Anzeichen dafür, dass sich der Stadtstaat aus seinem ökonomischen Engagement in Burma nach und nach zurückziehen könnte. Jüngstes Anzeichen dafür könnte die Einstellung von Flugverbindungen durch die burmesische Fluglinie *Air Bagan* sein, nachdem Banken des Stadtstaats ihre Geschäftsverbindungen zu dem Unternehmen, das engste Kontakte zur burmesischen Junta unterhält, eingestellt haben. Bisher ist allerdings noch unklar, ob es sich dabei um erste Anzeichen für eine Unter-

stützung der internationalen Sanktionspolitik durch Singapurs Regierung handelt, oder ob andere – wirtschaftliche – Probleme mit der Fluglinie der Grund für den Abbruch der Geschäftsbeziehungen sind. Denn während die USA und die EU ihre Sanktionen gegen das burmesische Regime verschärft haben, bleibt Singapur weiterhin einer der wichtigsten Investoren in Burma, und die drei größten Banken des Stadtstaats unterhalten noch immer Filialen in dem südostasiatischen Land, über die Investitionen in den dortigen Tourismussektor fließen.

vgl. Reuters, Bangkok, 30.10.2007

Menschenrechtskommission gefordert

Menschenrechtsaktivisten in Singapur fordern die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Menschenrechtssituation, wie sie in den Nachbarstaaten Singapurs längst Alltag sind. In den mehr als vier Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit hat sich der Stadtstaat zwar zu einem wohlhabenden Wirtschaftsstandort entwickelt, allerdings mit weiterhin deutlich eingeschränkten politischen Freiheitsrechten und einer anhaltend kritischen Menschen-

rechtssituation. Der Aktivist Chia Ti Lik von der kürzlich gegründeten Gruppe *SG Human Rights* weist darauf hin, dass Singapur in Fragen der Gewährleistung grundlegender politischer Rechte weit hinter wirtschaftlich weniger gut entwickelten Staaten wie Indonesien, Malaysia und Thailand zurücksteht, die alle längst über nationale Menschenrechtskommissionen verfügen.

vgl. AFP, Singapur, 10.12.2007